



Für Freiheit und Einheit Deutschlands

Liberale und Demokraten proben den Aufstand

In der Revolution von 1848/49 entlud sich die Unzufriedenheit, die sich in den Jahren der restriktiven Restauration angestaut hatte. Es war in erster Linie eine politische Revolution des Bürgertums, das sich nicht länger von Fürsten bevormunden lassen wollte.

Foto: Archiv

Die Wut der Republikaner über die gemäßigte Politik der Nationalversammlung entlud sich am 18. September 1848 in Straßenkämpfen vor der Paulskirche.

Nicht von ungefähr gingen 1848 die deutschen Bürger auf die Barrikaden. Die in den Freiheitskriegen gewachsenen Hoffnungen auf einen Nationalstaat und liberale Reformen wurden in der Restaurationsperiode nach dem Wiener Kongress bitter enttäuscht und im Deutschen Bund mit polizeistaatlichen Mitteln unterdrückt. Das Bürgertum blieb weitgehend von der politischen Verantwortung ausgeschlossen. Ein erstes Fanal gegen die Ordnung von 1815 setzte die Französische Juli-Revolution von 1830, die im vormärzlichen Deutschland nach dem Hambacher Fest und dem Frankfurter Wuchsturm eine Verschärfung der Reaktion mit neuen Demagogenverfolgungen und Pressezensur zur Folge hatte. Trotzdem begann sich, vor allem im politisch gemäßigeren Südwesten, speziell in Baden, eine liberale Opposition zu formieren, die für eine Verfassung, rechtsstaatliche Garantien, Pressefreiheit, Schwurgerichte, eine Volksmiliz und die nationale Einheit eintrat. Die Versammlung vom 12.

Spaltung der liberalen Bewegung

September 1847 im Offenburger „Salmen“ markierte nicht nur die Anfänge der politischen Parteienbildung, sondern auch die für die Revolution bedeutsame Spaltung der liberalen Bewegung in radikale Demokraten und gemäßigte Liberale. Während die in Baden konzentrierten Republikaner dort unter Führung von Gustav Struve und Friedrich Hecker ihre „Forderungen des Volkes“ formulierten, trafen sich die Gemäßigten einen Monat später in Heppenheim.

Das entscheidende Signal zum Handeln gab die französische Februarrevolution 1848, die unmittelbar auf Deutschland übergriff. Während in den Metropolen Wien und Berlin im März Aufstände und Barrikadenkämpfe den Umsturz besiegelten, kapitulierten die meisten deutschen Fürsten widerstandslos, gewährten liberale Verfassungen, beriefen liberale „Märzministerien“, versprachen Presse- und Versammlungsfreiheit sowie ein deutsches Parlament. Ein Reigen von Versammlungen, Petitionen und Demonstrationen nahm in Südwestdeutschland seinen Anfang. Am 5. März versammelten sich 51 Mitglieder der süddeutschen Landtage in Heidelberg und gründeten einen Siebener-Ausschuß zur Vorbereitung der Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung. Am 31. März schließlich trat in Frankfurt am Main das Vorparlament mit rund 500 Mitgliedern zusammen. Als das Gremium Struves revolutionären Antrag, sich „in Permanenz zu erklären“, also zusammenzubleiben, ablehnte und bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung einen Aus-

schuß einsetzte, versuchten Hecker und Struve, ihre radikalen Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen. Hecker rief daraufhin in Konstanz zwar die Republik aus, doch badische Bundestruppen schlugen die Aufstände der demokratischen Freischaren bald nieder. Mit Hecker, der in die USA auswanderte, verloren die Republikaner ihre populärste Persönlichkeit.

Am 18. Mai 1848 war es soweit: in der Frankfurter Paulskirche tagte erstmals die Verfassungsgebende Nationalversammlung. Der zum Reichsverweser gewählte Erzherzog Johann von Österreich bildete eine provisorische Regierung. Als im September die Nationalversammlung Bundestruppen zu Hilfe holte, um einen Aufstand der „Radikalen“ niederzuschlagen, offenbarte sich der für die Revolution fatale Riß zwischen Liberalen und Demokraten. Im Südwesten brachen Aufstände aus. Der Freischarenzug Gustav Struves, der Ende September in Lörrach die sozialistische deutsche Republik verkündete, wurde von badischem Militär in Staufenzerschlagen. Damit war die badische Aufstandsbewegung des Jahres 1848 beendet.

Nach langen Beratungen verkündete die Nationalversammlung am 28. Dezember 1848 die „Grundrechte des deutschen Volkes“, verabschiedete im März 1849 eine Reichsverfassung und wählte den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser eines kleindeutschen Reichs unter Ausschuß Österreichs. Der aber lehnte die Krone einen Monat später ab. Die Reaktion hatte in den deutschen Führungsstaaten Preußen und Österreich längst wieder die Oberhand gewonnen. Die von den Großmächten abhängige Nationalversammlung begann sich aufzulösen.

Kampagne für die Reichsverfassung

Im Mai formierte sich im deutschen Südwesten ein breite Protestbewegung, um die Reichsverfassung, die lediglich 28 kleinere der 35 souveränen Staaten akzeptiert hatten, durchzusetzen. Am 11. und 12. Mai meuterten die Soldaten in Rastatt. Gleichzeitig votierten Delegierte der mittlerweile in ganz Baden tätigen demokratischen Volksvereine in Offenburg mehrheitlich gegen die Proklamierung der Republik und für die konstitutionelle Reichsverfassung.

Tip Alle Revolutionsveranstaltungen verzeichnet der Revolutionsalmanach, der in kulturellen Einrichtungen, im Karlsruher Schloß oder auf Bestellung zu einem Versandkostenanteil von 4 Mark in Briefmarken beim Badischen Landesmuseum

Da die badischen Truppen sich mit den Demokraten solidarisierten, blieb dem Großherzog nur die Flucht. Mitte Mai übernahm der revolutionäre badische Landesauschuß in Karlsruhe die Regierungsgeschäfte und bildete mit der Pfalz eine Militärunion. Die Verbrüderung mit hessischen Truppen scheiterte allerdings ebenso wie der Plan, in einer Großoffensive bis Frankfurt vorzurücken, um die Nationalversammlung zu stärken und ganz Deutschland mitzureißen.

Das Rumpfparlament wird auseinandergetrieben

Das „Rumpfparlament“ zog Ende Mai nach Stuttgart um, wo es am 18. Juni von württembergischen Regierungstruppen auseinandergetrieben wurde.

Nach den ersten demokratischen Wahlen in Baden für alle Männer ab 21 Jahren am 3. Juni wählte die Verfassungsgebende Versammlung eine Woche später ein Triumvirat mit Lorenz Brentano, Armand Goegg und Maximilian Werner zur provisorischen Regierung mit diktatorischer Gewalt, erklärte Baden zum Freistaat und den Kriegszustand. Die Zeichen für militärische Erfolge standen indessen ungünstig. Überlegene preußische Interventionstruppen zwangen die Revolutionsarmee nach schweren Gefechten bei Waghäusel zum Rückzug, und Ende Juni besetzte Prinz Wilhelm von Preußen Karlsruhe. Kurz darauf wurde die Festung Rastatt von den Preußen eingeschlossen. Nach diversen Gefechten und vergeblichen Versuchen, neue Truppen zu rekrutieren, streckte die revolutionäre Rumpfregierung der „Diktatoren“ Armand Goegg und Maximilian Werner am 10. Juli in Konstanz die Waffen. Am nächsten Morgen überschritten die Reste der badischen Freiheitsarmee, rund 1200 Mann mit acht Geschützen und einer eroberten Haubitze, die Grenze zur Schweiz. Als am 23. Juli Rastatt kapitulierte, begannen die Kriegs- und Standgerichte ihre Arbeit.

Am 18. August kehrt Großherzog Leopold aus dem Exil nach Karlsruhe zurück. In den kommenden Jahren wurde rund 1000 Revolutionären der Prozeß gemacht, mehr als 50 wurden hingerichtet, etwa 11 000 gingen vorübergehend in Haft oder ins Exil.

Alexander Werner

um Karlsruhe, Schloß, 76133 Karlsruhe, Telefon (07 21) 9 26-48 49, Fax 9 26-68 01, erhältlich ist. Die Homepage der übergreifenden Projektstelle „Revolution 1848/49“ kann über die Internetadresse <http://www.revolution1848-1849.de> abgerufen werden.